

---

## Begrüssung und Standortbestimmung

—

### Der Bilaterale Weg ist erschöpft!

**Nationalrat Dr. Pirmin Schwander**

Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz  
(AUNS)

---

*Liebe Mitglieder, Sympathisanten und Gönner der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz, liebe Gäste, sehr geehrte Damen und Herren*

Die heutige Standortbestimmung führe ich unter dem Titel: Der Bilaterale Weg ist erschöpft. Ich könnte sie auch unter zwei ganz anderen Titeln vornehmen: „Die Krise und die Naiven“ oder etwa „Peer Steinbrück und die Mafia“. Aber ich gehe nicht auf Minister ein, die ein souveränes, demokratisches Land mit aggressiver Inquisitionsmanier respekt- und anstandslos angreifen. Mit solchen Personen müssen wir Mitleid haben. Denn wie wollen Minister aus einem unfreien Land verstehen, was in unserer freien Schweiz alles gilt und möglich ist? Vielmehr müssen wir uns mit den Demokratievernichtern und Störefrieden im eigenen Land auseinandersetzen. Mit perfidester Tarnung, Täuschung und Desinformation werden unsere Wurzeln und unsere Geschichte an den Pranger gestellt. Intellektuelle Selbstkritik, Selbstdemontage und neue Sozialreligionen kommunistischer Prägung haben Hochkonjunktur. Obwohl wir alle wissen: Unterwürfigkeit verschafft keinen Respekt, lassen wir zu, dass unsere Werte, Institutionen und Strukturen beliebig umfunktioniert werden. Gerade gegen diese Wertebeliebigkeit im eigenen Land, verpackt unter dem Titel der politischen Korrektheit, müssen wir antreten. Im folgenden gehe ich deshalb auf die drei folgenschwersten Fehlentwicklungen in unserem Land ein.

#### **I. Bürgerlicher Sozialismus**

Es wird immer wieder betont, die Schweiz sei noch nie von einer linken Mehrheit regiert worden. Stimmt. Aber nur gemäss Selbstdeklaration der Parteien. Wenn wir die Resultate dieser

selbsternannten bürgerlichen Politik genauer unter die Lupe nehmen, so sieht die Realität anders aus. Mit Verzögerung übernehmen wir laufend die sozialistischen Programme unserer Nachbarstaaten.

Wie können wir es erklären, dass seit 1990 sich die Bundesschulden verdreifacht haben, die Bundeseinnahmen um 107% und die Bundesausgaben um 80% gestiegen sind? In der gleichen Zeit ist das Bruttoinlandprodukt lediglich um 54% und die Teuerung um 32% gestiegen. Die übermässige Ausdehnung des Staates zeigt sich am eindrucklichsten anhand der Staatsquote, des Anteils der Staatsausgaben am Bruttoinlandprodukt. Während die Schweiz 1990 mit einer Staatsquote von 31.5 % den tiefsten Wert der OECD-Staaten aufwies, verzeichnete sie seit 1990 den grössten Anstieg. Dabei sehen wir kaum, was mit dem Geld tatsächlich geschieht. Wird es eingesetzt für gute Schulen, effizient arbeitende Gerichte und eine leistungsfähige Infrastruktur oder für üppige Sozialtransfers und falsche Arbeitsanreize?

Über 50% der Ausgaben fliessen heute in die soziale Wohlfahrt und in die staatlich verordnete Gesundheit. Ist es bei diesen Zahlen noch verwunderlich, wenn dabei unsere Freiheit, unsere Eigenverantwortung und unser Pflichtbewusstsein ständig ausgehöhlt und zerstört wird? Sollte der Begriff „Staatsquote“ nicht besser ersetzt werden mit „Bevormundungsziffer“?

Wie lange brauchen wir noch, um zu begreifen, dass die heutige Bevormundung durch Politiker, Experten, Funktionäre und selbsternannten Menschheitserlöser freiheits- und demokratiebedrohlicher ist als die einstige Feudalherrschaft der Kaiser, Könige und Fürsten? Etwa bis wir Freiheit, Wohlstand und Eigenständigkeit noch ganz verloren haben? Bis der einzelne Bürger keine Wahl mehr hat selbst zu entscheiden, was für ihn gut ist und was nicht? Bis wir alle gleich sind - gleich schön, gleich gut, gleich gross?

Es ist nicht Aufgabe des Staates, unser Leben zum Paradies werden zu lassen. Es ist erste Pflicht des Staates, unser Leben nicht zur Hölle werden zu lassen. Entlarven wir diesen bürgerlichen Sozialismus und diese grenzenlose Staatsbürgerschaft. Widerstehen wir der Versuchung der Gleichförmigkeit von der Wiege bis zur Bahre. Stehen wir ein für die Vielfalt der Menschen, der Völker und der Demokratien. Lassen wir in unserem ordnungspolitischen Denken aber auch nicht zu, dass wirtschaftliche Aktivitäten nur so lange dem Primat des Marktes zu folgen haben, bis sie noch gewinnträchtig sind. Danach aber hemmungslos dem Staat zugespield werden.

## **II. Ausserkraftsetzung unseres Rechtsstaates und unserer Institutionen**

Zur bestmöglichen Sicherung der Freiheit der Bürger haben demokratische Staaten in ihren Anfängen das Prinzip der Gewaltentrennung eingeführt. Die Schweiz hat neben der horizon-

talen Gewaltentrennung (Legislative, Exekutive, Judikative) seit Beginn weg auch die vertikale Gewaltentrennung (Bund, Kantone, Gemeinden) eingeführt. Ziel dieser Instrumente war, dass die verschiedenen Institutionen unabhängig voneinander funktionieren und die horizontale und vertikale Verfilzung verhindern. Vor Jahren hat uns das Beispiel Swissair aufgezeigt, wohin Verfilzung führt. Leider haben wir bis heute daraus nichts gelernt. Offensichtlich ist die Politik und Wirtschaft nicht einmal in der Lage, wenigstens aus Krisen zu lernen. Denn in der Zwischenzeit ist die Verfilzung und damit de facto die Ausserkraftsetzung unseres Rechtsstaates und unserer Institutionen noch schlimmer geworden.

Als in der Öffentlichkeit bekannt wurde, dass Bankkundendaten ohne ordentliches Amts- und Rechtshilfverfahren an amerikanische Behörden weitergeleitet wurden, entstand kurzfristig ein mediales Geschrei einiger Politiker und Experten. In der Zwischenzeit wird davon fast nicht mehr gesprochen. Das heute viel beschworene „Systemrisiko“ hätte unsere Behörden zu diesem Schritt gezwungen. Vergessen das Schweizerische Rechtsprinzip, dass der Staat kein direktes Zugriffsrecht auf das Eigentum seiner Bürger hat. Aber um was geht es?

Der Bankkunde hat ein Recht auf Schutz seiner ökonomischen Privatsphäre. Damit werden alle Angestellten, Organe, Beauftragten und Revisionsstellen der Banken verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihre Kunden betreffen, Verschwiegenheit zu wahren. Wer trotzdem vorsätzlich oder fahrlässig ein Geheimnis offenbart oder zu einer Verletzung des Berufsgeheimnisses zu verleiten versucht, wird gemäss Bundesgesetz über Banken und Sparkassen mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren, Geldstrafe oder Busse bis zu 250 000 Franken bestraft. Und nun das Besondere an dieser Gesetzgebung: Verstösse gegen das Bankkundengeheimnis stellen im Gegensatz zu anderen Berufsgeheimnissen in Officialdelikt dar. Nun stellt sich die Frage: Haben kantonale Staatsanwaltschaften oder hat die Bundesanwaltschaft sofort eine Ermittlung eingeleitet gegen die UBS, FINMA oder gegen den Bundesrat? Wie ist es möglich, dass nichts passiert? Ist für diesen Fall die Judikative ausser Kraft gesetzt worden und allenfalls von wem? Sind unsere Behörden bei all ihrem Tun und Handeln nicht mehr an unsere Gesetze gebunden? Weshalb unternehmen unsere Staatsanwaltschaften nichts?

Wird ein Gesetzesverstoss dann salonfähig, wenn sich ein paar Wenige von ihm Vorteile versprechen. Und ist es heute so, dass sich einer entschuldigen muss, wenn er die Wahrheit sagt? So ganz nach dem Motto: „Die Wahrheit sagen kann jeder Dummkopf, aber lügen, so dass es niemand merkt, das ist eine Kunst.“ Es ist nun offensichtlich unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass die Rechtsbrecher nun zur Rechenschaft gezogen werden.

Ein ganz anderes Beispiel, wie unsere Institutionen ausser Kraft gesetzt werden, ist der „Kooperative Föderalismus“. Unter dem scheinbaren Föderalismus masst sich die Konferenz der Kantonsregierungen gesetzgeberische Funktionen an. Damit werden die bewährten Insti-

tutionen Ständerat, Ständemehr und die Kompetenz der Kantonsparlamente ausser Kraft gesetzt. Durch die Tatsache, dass sich seit 1993, also seit Gründung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), niemand gegen die ausserhalb jeder demokratischer Kontrolle agierende Konferenz wehrte, wurde letztes Jahr in Bern das Haus der Kantone eröffnet. Dieser folgenschwere und undemokratische Eingriff in unsere Staatsstruktur muss mit allen Konsequenzen rückgängig gemacht werden. Ein neuer Strafrechtsartikel muss dafür besorgt sein, dass Behördenmitglieder aller Stufen wegen Falschinformation, Aushöhlung unserer Staatsstruktur, Umgehung unserer Volksrechte oder Untätigsein in wichtigen Staatsangelegenheiten direkt strafrechtlich verfolgt und sofort abgesetzt werden können.

### **III. Der Bilaterale Weg**

Die heutige Krise muss nicht zwangsläufig zu Orientierungslosigkeit führen. Vielmehr gibt sie Anlass zu schärferem Blick auf die realen Vorgänge in Wirtschaft und Politik. Sie soll zu vorurteilslosem Überdenken gewohnter Auffassungen aber auch bestehender Verträge führen. Die bundesrätliche Heilsbotschaft und Strategie vor der letzten europapolitischen Abstimmung vom 08. Februar 2009, die Schweiz dürfe die guten Beziehungen mit der EU nicht in Gefahr bringen, erweist sich heute als fatale Fehleinschätzung. Auf dem internationalen Politparkett ist die lange mit Schönrederei unterdrückte Machtpolitik wieder ans Tageslicht gedrungen. Und zwar mit aller Wucht, vorbereitet durch EU-Turbos im eigenen Land. Hohl und heuchlerisch tönen nun die Klagen gegen den Arbeitsplatzabbau im Finanzsektor. Wer wohl hat diese Entwicklung heraufbeschworen?

Nachdem Machtpolitik und Respektlosigkeit vor allem vor Kleinststaaten die Weltbühne beherrschen und nachdem der Bundesrat einmal mehr konzeptlos herumschwirrt, unbedacht und unbesorgt lächelnd und händeschüttelnd in die Kameras schaut, müssen die Bilateralen Abkommen mit der EU nun gekündigt werden. Sie haben der Schweiz nicht das gebracht, was Bundesrat und Parlament jeweils vor Abstimmungen versprochen haben. Im Gegenteil. Sie beweisen, dass Unterwerfung und Kleinbeigeben keinen Respekt verschaffen. Es ist wahr geworden, was nicht sein durfte! Die Welt gehört den Mutigen und Frechen und nicht den Zaghafte.

Die Bilateralen Abkommen sind keine europäische Erfindung. Zwischen einzelnen Staaten wurden immer schon „bilaterale“ Verträge abgeschlossen. Aber nach dem EWR-NEIN 1992 suchte der Bundesrat nicht nach „bilateralen“ Verträgen, sondern nach alternativen Lösungen, die EU-Integration unseres Landes heimlich und am Volk vorbei voranzutreiben. Deshalb war es nicht verwunderlich, dass die einzelnen Verträge aneinander gekoppelt wurden und für den Bundesrat wichtige Integrationsschritte waren. Die Krise hat nun diese Strategie

entlarvt. Insbesondere rund um die Fragen des Bankkundengeheimnisses wird deutlich, was die einzelnen Abkommen nun tatsächlich wert sind.

Bundesrat und Parlament haben immer wieder betont und versichert, durch das Abkommen über die Betrugsbekämpfung, das Schengen-Assoziierungsabkommen und das Zinsabkommen werde vor allem das Bankkundengeheimnis abgesichert und der Finanzplatz Schweiz gestärkt. Herr Urs Philipp Roth, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Bankiervereinigung, hat am 23. Mai 2004 in der NZZ am Sonntag zu Protokoll gegeben: „Wir gehen davon aus, dass das Bankkundengeheimnis dauernd gesichert bleibt. Sowohl die EU als auch die Schweiz können längerfristig Konsultationen darüber verlangen, ob am Abkommen grundsätzlich etwas geändert werden soll oder nicht. Am Ende müssen beide Seiten mit einer neuen Lösung einverstanden sein. Die Schweiz bleibt souverän mit Bezug auf das Bankkundengeheimnis. Das ist für mich ein zentraler Punkt.“ In der Botschaft zur Genehmigung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU vom 01. Oktober 2004 schreibt der Bundesrat sinngemäss: Die Schweiz stimmte der Aufnahme von Vertragsverhandlungen und dem Abschluss der diesbezüglichen Abkommen nur unter der Bedingung zu, dass die Interessen des schweizerischen Finanzplatzes gewahrt bleiben, insbesondere die Beibehaltung des Bankkundengeheimnisses. Pikant dabei ist, dass die EU im Jahr 2002 nur bereit war neu zu verhandeln, wenn die Schweiz auch über das Abkommen über die Betrugsbekämpfung und über das Zinsabkommen verhandelte.

Heute steht zweifelsfrei fest, dass mit diesen drei Abkommen der Finanzplatz Schweiz und das Bankkundengeheimnis massiv geschwächt wurde. Einer Kündigung steht somit nichts entgegen ausser Angst vor sich selbst.

Auch die übrigen Abkommen haben der Schweiz nicht das gebracht, was sich das Stimmvolk erhoffte:

- Mit dem Landverkehrsabkommen hat die Schweiz ihre eigenständige Verkehrspolitik aufgegeben. Dieser Vertrag nutzt ausschliesslich den Nachbarstaaten, welche sich zu tiefen Kosten den Transit durch die Schweiz sicherte.
- Das Luftverkehrsabkommen sollte den schweizerischen Fluggesellschaften den Zugang zum liberalisierten europäischen Luftverkehrsmarkt sichern. In der Zwischenzeit gibt es die Swissair nicht mehr und der zunehmende Fluglärm hat sinkende Immobilienpreise in den Einflugschneisen zur Folge.
- Das Abkommen über die landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnisse hat zur Erhöhung des Importzollsatzes für Zucker auf EU-Niveau geführt und die Absatzchancen für die Schweizer Landwirtschaft nicht verbessert.

- Das Abkommen über den Abbau der technischen Handelshemmnisse zwingt die Schweiz, sich einseitig zu öffnen und sich anderen Handelspartnern gegenüber zu verschliessen.
- Durch das Abkommen über die Personenfreizügigkeit haben wir die eigenständige Einwanderungspolitik aufgegeben und neu auch eine massive Zunahme bei den arbeitslosen Fachkräften.
- Beim Pensionsabkommen gewährt die Schweiz Steuerbefreiung für EU-Rentner.

Auch die übrigen Abkommen „Öffentliches Beschaffungswesen“, „Forschung“, „Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen“, „Statistik“, „Umwelt“, „MEDIA“, „Bildung, Berufsbildung, Jugend“ sind im besten Fall eher ausgewogen für beide Parteien als zum Vorteil der Schweiz.

Da der bilaterale Weg von Anfang an als Integrationsprojekt aufgegleist wurde, steckt er nun in der Sackgasse. Er ist nun erschöpft und die Abkommen müssen aufgekündigt werden. Und zwar bevor die EU diesen Schritt androht.

#### **IV. Unser Auftrag: Das Wahre wiederholen**

Europa ist eine Idee, die Idee der kulturellen Vielfalt, die Idee der Subsidiarität, die Idee des kulturellen, des ökonomischen und des politischen Wettbewerbs und der kulturellen und politischen Freiheit. Die Frage, wie diese Idee, diese Kultur auch in Zukunft aussehen soll und muss, dürfen wir nicht dem bürgerlichen Sozialismus und schon gar nicht den sozialistischen und kommunistischen Intellektuellen überlassen. Wir sind aufgefordert, diese beschriebene europäische Idee weiterzuentwickeln, dieser Idee wieder Werte und Inhalt zu geben.

Wir müssen die Fehlentwicklungen in unserem Land permanent aufzeigen und mit aller Kraft verhindern. Wir brauchen keine Diktatur der Wohlstandstechnokraten und der universellen Schmarotzer sondern Freiheit und Eigenverantwortung. Wir brauchen keine linke oder rechte sondern eine senkrechte und eigenständige Schweiz.

\* \* \*